

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise
End in der Morgenausgabe anzusehen
Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202 - 201
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Doornicks-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 202 - 201

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Das Kompromiß schont die Hohenzollern!

Protest des preussischen Finanzministers. - Wirkung des Volksbegehrens auf den Rechtsauschuß. - Heftige Auflagen gegen die Regierung.

In der heutigen Sitzung des Rechtsauschusses war der preussische Finanzminister Höpker-Aschhoff erschienen, um auf die in der letzten Sitzung vom Genossen Dr. Rosenfeld gestellte Frage Antwort zu geben, welche Wirkung der Fürstentumskompromiß auf den Vergleich der preussischen Regierung mit den Hohenzollern ausüben würde. Der Finanzminister erklärte:

Wir haben den Vergleich unter einem gewissen Druck geschlossen, da die Rechtslage dem Lande ungünstig und da wir mit einer reichsgerichtlichen Regelung nicht mehr rechnen konnten. Immerhin haben wir im Vergleich durchgesetzt, daß die Kronfideikommiß- und die Kronrentenrente ohne Entschädigung wegfiel und daß die historischen Schlösser mit allem Inventar an den Staat fielen.

Demgegenüber verzagt der vorliegende Kompromißentwurf.

Wenn die Renten sollen nicht schlechthin wegfallen, sondern nur insoweit, als sie nicht auf Privatvermögen beruhen. Ich sehe nicht an, für die preussische Regierung zu erklären:

Wenn diese Bestimmung bleibt, besteht die Gefahr, daß der Kompromiß ungünstiger ist als der Vergleich.

Weiter befürchten wir, daß als Privatvermögen der Hohenzollern die wertvolle Kunstsammlung Sölln, der Grundbesitz unserer Gemäldegalerie und auch die Herrschaft Platom-Krojanke angesehen wird. Beides ist durch Kauf, also durch Vertrag, erworben worden, aber nicht mit Privatmitteln, sondern mit Staatsmitteln. Beides wird durch den Kompromiß nicht für den Staat gesichert. Auch die Bindung des Fürstensondergerichts an frühere Urteile ist für uns untragbar, da die Hohenzollern das Eigentum der Herrschaft Schwedt auf Grund von früheren Urteilen in Anspruch nehmen können, die wir als Heilurteile ansehen müssen. Das Inventar der Schlösser wird nach dem Kompromiß nicht für das Land gesichert. Die Sachen, die der letzte Kaiser hingebracht hat, die Klüffelliste usw., kann er ruhig bekommen. Aber das alte Inventar muß dem Staat bleiben. Wir wollen die Schlösser mit ihren alten schönen Einrichtungen der Öffentlichkeit dienbar machen. Es geht auch nicht, daß der Staat die Hohenzollern-Schlösser erhalten soll, ohne daß die Hohenzollern für die Unterhaltung zahlen. Der Kompromiß sichert auch nicht hinreichend vor der Verbringung von Werken ins Ausland. Wenn die Hohenzollern Schlösser und Güter verkaufen, ist keine Bindung für das als Kaufpreis ausgezahlte Kapital gegeben.

Nur bei Berücksichtigung aller dieser Bedenken ist der Kompromiß für uns erträglich. Sonst hätten wir lieber den Vergleich durch.

Es darf unmöglich dahin kommen, daß nach Verabschiedung des Kompromisses und nach einem Urteil des Fürstensondergerichts ein Ergebnis herauskommt, das dem preussischen Staat größere Lasten auferlegt als der Vergleich.

Dr. Rosenfeld:

Wir müssen uns für die Generaldebatte vorbehalten, den Schluß aus diesen Erklärungen der preussischen Regierung zu ziehen. So viel sei bemerkt: Unsere Kritik an dem Fürstentumskompromiß hat in vollem Umfang ihre Bestätigung gefunden. Eine schärfere Kritik als diejenige, die aus den Worten des preussischen Finanzministers herausfließt, ist gar nicht möglich. Insbesondere an dem Erfolg des Volksbegehrens ist der Kompromiß in der vorliegenden Form untragbar. Es ergeben sich aber noch eine Reihe von Fragen an den Finanzminister. Wenn nach seinen Ausführungen die Kronfideikommißrente von 2 1/2 Millionen Talern weitergezahlt ist, so würde bei einer Kapitalisierung ein Betrag von 187 Millionen zu zahlen sein. Wenn man hieron den Teil abzieht, der für die staatliche Repräsentation dienen soll, schätzungsweise zwei Drittel, so würde immer noch ein Drittel, d. h. 62 Millionen an die Hohenzollern zu zahlen sein, also das Doppelte der Summe, die nach dem Vergleich an die Hohenzollern zu entrichten ist.

Wie sieht es ferner mit den Besitztümern der Hohenzollern im Ausland? Achilleon auf Korfu, Urweiler im Elsaß und die Güter in Polen? Wenn diese Besitzungen vom Ausland liquidiert werden, haben etwa die Hohenzollern Schadenersatzansprüche gegen Preußen oder das Reich?

Was wird nach dem Kompromiß aus der Herrschaft Ramens in Schlessen, einem großen Besitz von 20 000 Hektar?

Was geschieht mit dem Mobiliar, das z. T. schon nach Doorn geschafft ist, teils bereits verpackt sein soll, um nach Holland transportiert zu werden? An wen fallen einzelne Kunstwerke von großem Wert, die nicht unter die Sammlungen fallen, die das Land bekommen soll?

Schließlich frage ich, ob die Hohenzollern sich nicht früher für Werte, die zu den Hausfideikommissen gehören, Gebührentreue in Anspruch genommen haben, die an sich doch nur für Staatseigentum in Frage kommen kann?

Finanzminister Höpker-Aschhoff:

Auf diese Fragen habe ich zu erklären: Es besteht in der Tat die Gefahr, daß die Rente von 2 1/2 Millionen Talern entweder als Rente für ewige Zeiten forszierbar werden muß oder ein entsprechendes Kapital von 187 Millionen Mark. Vielleicht würde das Gericht zwei Drittel hieron streichen.

62 Millionen würden aber in der Tat noch übrig bleiben und also den preussischen Staat weit über den Vergleich hinaus belasten.

Das wäre eine unerträgliche Last für Preußen.

Abg. Wanderschlag (D. W.): Es geht unmöglich, daß wir die Bestimmungen des Kompromisses so fassen, daß sie gerade zum hohen-

zollern-Vergleich passen. Bezüglich der Fideikommißrente haben andere Länder gerade erklärt, daß sie bei dieser Fassung schlecht fahren.

Die Kompromißparteien hoffen, noch eine bessere Lösung zu finden. Leider unterstützt uns die Reichsregierung nur sehr wenig.

Die Kompromißparteien haben bei der Fassung des Textes große Schwierigkeiten. Die Reichsregierung sollte mit den Reichsratsmitgliedern darüber Frühling nehmen, welche Fassung den einzelnen Ländern paßt.

Dr. Barth (Dnat.): Für meine Freunde muß ich sagen, daß die Fritten im Gegensatz zur preussischen Regierung sagen, daß sie bei der jetzigen Fassung des Kompromisses äußerst schlecht fahren. (Zuruf links: Das ist selbstverständlich.)

Abg. Fehd (Völk.): Es scheint jetzt doch so, als ob der Kompromißentwurf nicht mehr eine geeignete Grundlage für die weiteren Beratungen ist. Die Regierung des Reichs sollte selbst eine Vorlage zur Regelung der ganzen Frage machen. Ich möchte beantragen, die Verhandlungen abzubreaken.

Abg. Neubauer (Komm.) fragt nach der Regelung der Donauinfrage in Hohenzollern-Sigmaringen.

Finanzminister Höpker-Aschhoff: Diese Frage gehört zum Ressort des preussischen Ministerpräsidenten. Einen neuen Vergleich können wir auch nach Verabschiedung des Kompromisses schließen. Vielleicht erreichen wir dann geringere Lasten für den Staat. Der Vergleich kann aber nur günstiger werden, wenn die Krone damit rechnen muß, daß sie nach dem Kompromiß weniger bekommt als nach dem früheren Vergleich. Darauf beruht das große Interesse der preussischen Regierung an der Aenderung des Kompromisses. Das Kompromiß war nach den Beschlüssen der ersten Ausschüßlösung viel besser als jetzt. Er muß wieder günstiger für das Land gestaltet werden. Gegen den Vorwurf, daß wir erst den Bereich abgehandelt haben und jetzt auf ein besseres Geheiß hinarbeiten, muß ich hervorheben: Ich habe bei den Vergleichsverhandlungen Herrn von Berg immer gelagt, daß ich den Vergleich nur wegen der ungünstigen Gesetzeslage schließe. Wenn wir Besseres herausfinden können für den Staat, haben wir die Pflicht, es zu tun. Denn wir sind Vertreter des Staates und haben die Aufgabe, die Interessen des Volkes wahrzunehmen.

Abg. Rüdthofen (Dem.): Der Finanzminister Preußens kann keinem Vorwurf ausgesetzt sein, wenn er für das Land ein günstigeres Geheiß zu erreichen sucht.

Leider erhalten wir von der Reichsregierung nicht die nötige Unterstützung.

Es genügt nicht, daß sie uns bei der juristischen Formulierung hilft. Bei der Beurteilung der Bedeutung des Kompromisses müssen wir in erster Linie an Preußen denken.

Prof. Kahl: Der Ausschuß würde dankbar sein, wenn das Reichsjustizministerium bei den weiteren Beratungen in höherem Maße mitwirken würde. Die Stellungnahme des Justizministeriums zu vielen Zweifelsfragen ist notwendig. Es wäre sogar nötig, daß die Reichsregierung uns einen Gesetzentwurf vorlegt, mit dem auch die Länder einverstanden sind. Ich bitte, diese Wünsche dem Justizministerium zur Kenntnis zu bringen.

Ein Vertreter des Justizministeriums sagt dies zu. Nunmehr tritt der Rechtsauschuß in die Fortsetzung der Generaldebatte ein. Wertwürdigerweise verließen die zum Wort gemeldeten Abgeordneten Bell (Z.) und v. Rüdthofen (Dem.).

Abg. Landsberg (Soz.): Die erhebliche Anzahl von Stimmen, die für das Volksbegehren abgegeben worden sind (Zuruf des Abg. Lohmann (Dsch.): Sie haben uns nicht überrascht, wir hatten so gerechnet, über 13 Millionen Stimmen (Abg. Lohmann an Lohmann: Diese Zahl habe ich noch nicht gehört!)), der große Erfolg des Volksbegehrens zeigt, daß in erheblichen Teilen des Volkes die Erkenntnis herrscht:

der jetzige Zustand kann nicht aufrechterhalten werden.

Es liegt keine Rechtsfrage vor, sondern eine politische Frage. Aus diesem Abstimmungsresultat werden Sie den Schluß ziehen müssen, daß Sie nicht Bonaparte spielen dürfen.

Wenn durch Ihre Schuld ein Kompromißantrag angenommen wird, der dem Drange nach Verbesserung des bestehenden Zustandes nicht entspricht, und man draußen als unmöglich empfindet, dann werden Sie beim Volksscheid Ihre blaues Wunder erleben!

Andererseits wollen auch wir nicht Bonaparte spielen. Es ist uns nicht gleichgültig, wie der Kompromiß aussieht, für den Fall, daß der Volksscheid etwa nicht den vollen Erfolg bringt. Deshalb sind wir an eine Verbesserung des Kompromisses interessiert und daraus ergibt sich unser Verhalten gegenüber den vorliegenden Anträgen. Es kommt uns darauf an, die bestehende Reichstagslage zu verbessern. Wenn aber die Wirkung des Kompromisses die wäre, daß Preußen noch größere Opfer bringen muß als im Vergleich, so ist damit der Kompromiß für uns gerichtet.

Auch ich bedauere die negative Haltung der Reichsregierung. Ich verleihe sie deshalb nicht, weil in der Programmsprache der Regierung von einer Lösung der Fürstenausschließungsfrage gesprochen wurde.

Deshalb hätte die Regierung die Führung übernehmen müssen. Sie zeigt aber nur geringes Interesse für unsere Verhandlungen. Sie hat sogar eine Antwort auf unsere Frage verweigert, ob und inwieweit die vorliegenden Anträge verfassungsändernden Charakter haben. Freilich, mit dem Vorbehalt, die Verhandlungen abzubrechen, sind wir nicht einverstanden. Zu den Einzelheiten möchte ich sagen: Da es sich um die Lösung politischer Fragen handelt, müßte ein Gesetz und nicht ein Urteil die Streitfragen lösen. Ich werde persönlich meiner Fraktion bei unseren Beratungen sagen:

Die Übertragung der Entscheidung an einen Senat des Reichsgerichts ist unannehmbar.

Bei solcher Bestimmung würde ich die Ablehnung des ganzen Gesetzes vorschlagen. Dieselben Vorschläge würde ich machen, wenn man dabei bleibt, lediglich Vermutungen für das Staatseigentum aufzustellen und nicht klar ausspricht, daß gewisse Privat-Staatseigentum sind.

Der Ausschuß verlagte sich sodann auf morgen normittag 10 Uhr.

Die Deutschnationalen im eigenen Netz

Breitscheids Abrechnung mit deutschnationaler Demagogie.

Die heutige Reichstagsitzung, in der die außenpolitische Debatte fortgesetzt wird, beginnt vor fast leerem Saal. Präsident Ebe teilt mit, daß, wenn die Tagesordnung bis 7 Uhr nicht erledigt sein sollte - es sind noch allerhand Reize aufzuarbeiten - er eine Abend Sitzung vorschlagen würde. Von der Reichsregierung ist noch eine ganze Weile nach Beginn der Sitzung kein Vertreter, weder Minister noch Rat irgendwelcher Klasse anwesend.

Erster Redner ist Abg. Graf Reventlow (Völk.). Er kritisiert die Haltung und den Nachschickendienst der deutschen Abordnung, die von dem Ratsführer der Entente für nichts gewürdigt habe. Freilich, die Vocarnepresse - wie Reventlow sagt - bringt nichts über die Blamagen Luthers und Stresemanns und über Deutschlands Verpötlung durch Briand in seiner Rede von Genf, als er sagte, der Rhein sei Deutschlands Grenze. Die Regierung sollte betonen, daß sie sich mit ihrer Phantastikpolitik vollständig getrennt und Deutschland nur geschadet hat, die müßte von sich aus verschwinden. Ihre Politik ist die des listigen kleinen Mannes, der zum Schluß immer selbst hineinfällt. Gerade jetzt sollten wir das Abkommen mit Rußland schließen, das Tschitscherin angeboten hat.

Unmittelbar nach dieser Rede ereignete sich ein Zwischenfall.

Zur Geschäftsordnung beantragte Abg. v. Große (Völk.) die Sitzung auszusetzen, bis die Regierung wenigstens in dem Umfange vorhanden sei, wie ihn nicht nur der Reichstag, sondern auch der steuerzahlende Bürger verlangen könne. Die Regierung höre sich keine der Oppositionsreden an.

Präsident Löbe: Es ist natürlich unerwünscht, wenn bei einer solchen Debatte die Regierungsbänke vollständig leer sind. Aber das augenblickliche Fehlen der Regierung ist

nicht ein Zufall, sondern Absicht.

Ich kann mir diese Absicht nicht anders erklären, als daß bei früheren auswärtigen Debatten gerade von der Partei des letzten Redners

schwere persönliche Beleidigungen gegen die Regierungsmitglieder geschleudert worden sind, die in einem Falle sogar zur Ausweisung des Abg. Henning aus dem Saale geführt und auch in der gestrigen Debatte zu einer Pöhl der Präsidenten Anlaß gegeben haben. Die Partei des letzten Redners hat es selbst in der Hand, diesem Zustand ein Ende zu machen, dadurch, daß sie derartige Beleidigungen unterläßt. (Lebhafte Zustimmung der Mehrheit. - Gegenrufe rechts.)

Die Abstimmung ergibt die Ablehnung des Antrages v. Große gegen die Stimmen der vereinigten Deutschnationalen, Deutschvölkischen, sonstigen Haltenkreuzler und Kommunisten! Während der nun folgende Redner

Abg. Dr. Breitscheid (Soz.)

das Wort ergreift, erscheint die Reichsregierung wieder im Saale, von lautem Hallo und massiven Zurufen der Völkischen begrüßt.

Genosse Breitscheid fährt aus: Meine erste Pflicht ist, Herrn v. Große besonders dafür zu danken, daß er sich bemüht hat, mir ein größeres Auditorium zu verschaffen. Ich verstehe es, daß er die Abwesenheit der Regierung bei der Rede des Grafen Reventlow bedauert hat, weil doch seine Partei ein Vertrauensvotum gestellt hat. Es wäre doch sehr interessant für die Regierung gewesen, die Begründung dafür zu hören. Aber mir scheint diese Affäre nicht wichtig genug, um längere Zeit dabei zu verweilen. Ich will die Debatte wieder auf den Gegenstand, der uns beschäftigt, zurückführen. Der deutschnationale Redner, Graf Westarp, hat seine Vermutungen über die Gründe ausgesprochen, die mich zum Verzicht auf das Wort unmittelbar nach Beginn der Debatte bestimmt haben. Er meinte, daß ich nur auf seine und der anderen Oppositionsparteien Pläne gewartet habe, um von ihnen Erläuterung zu erhalten. Wenn ich wirklich diese Absicht gehabt hätte, dann bin ich bitter enttäuscht worden. Solche Erläuterung hat in seiner Rede gefehlt. Es war kein Punkt in seiner Rede vorhanden, an dem man mit einer parteipolitischen Polemik hätte einhalten können. Was die

„Kreuzzeitung“ und der Abg. Winkler im preussischen Landtag ausgeführt haben, war in dieser Beziehung viel ergiebiger. Der Graf Westarp hat darunter gelitten, daß ihm Winkler alle großen Hoffnungen aus seinem Ruch herausgenommen hat. (Sehr groß links.) Gegenüber früheren Stürmen, die wir hier erlebt haben, war die gestrige

Rede des Grafen Westarp nur ein stilles Säuseln.

Es war ja auch für ihn nicht ganz leicht, wirklich durchschlagende Argumente zu finden, besonders, wenn er sich auf die Entwicklungsgeschichte zurückbezieht, die zu der heutigen Situation geführt hat.

Ich will jetzt nicht darüber sprechen, wie weit die Deutschnationale Partei für das Zustandekommen für Locarno mitverantwortlich ist. Aber Genf war ohne Locarno nicht möglich. Locarno war nicht möglich ohne das Dawes-Abkommen und für das Dawes-Abkommen hat doch die Deutschnationale Partei mindestens zu 50 Proz. gestimmt. (Sehr richtig! links und Heiterkeit.) Die Deutschnationalen haben den Weg, der zu Locarno und Genf geführt hat, beschritten, weil sie unter allen Umständen die Möglichkeit gewinnen wollten.

In die Regierung einzutreten, koste es, was es wolle.

Mein Bericht darauf, als erster in der Debatte zu sprechen, erklärt sich ganz einfach: Im Interesse einer wirklichen parlamentarischen Debatte habe ich es für richtig gehalten, zunächst die Vertreter der Parteien sprechen zu lassen, die in Opposition zu den jetzigen Handlungen der Regierung stehen. Ich halte es überhaupt für richtig, um unsere Diskussionen zu verbessern, allmählich von dem Schematismus abzukommen, wonach die Rednerliste nach der Größe der Parteien aufgestellt wird. (Sehr richtig! links.) Wir konnten um so mehr noch warten, weil wir

die Haltung der Regierung in der vorliegenden Frage im allgemeinen billigen

und auch mit der gestrigen Erklärung der Regierung im großen und ganzen einverstanden sind.

Unsere Haltung war seit Tagen bekannt, das ist doch auch von der deutschnationalen Presse dazu bemerkt worden, um Angriffe gegen uns und gegen die Regierung zu richten. Es wurde dort behauptet, daß die Regierung in Abhängigkeit von der Sozialdemokratie stehe. Ich stelle aber fest, daß das Kabinett weder vor Genf, noch während Genf sich um unsere Hilfe oder um unseren Rat bemüht hat. Es liegt ja auch nicht zum ersten Male die Last auf, daß in Fragen der auswärtigen Politik Übereinstimmung zwischen der Regierung und uns besteht und daß wir der Auffassung der Deutschnationalen, die wir für verhängnisvoll halten, entgegenstehen. Aber diese Tatsache schließt in keinem Falle den Wunsch in sich, unseren Standpunkt gegenüber der Regierung zu verlassen. Es gibt eine ganze Reihe von Fragen, in denen wir mit der Regierung nicht übereinstimmen, in denen wir eine kritische Stellung gegenüber der Regierung einnehmen. Ein Beweis dafür ist doch der Verlauf der Stadtebatte; wir befanden uns in Übereinstimmung mit dem Innenminister Kütz, als er sich für die Republik einsetzte, wir sind aber wenig einverstanden mit dem Minister Geiler. Daß wir in diesen Fragen in Opposition zur Regierung stehen, das zeigt sich auch jetzt wieder, wo wir nicht willens sind, den Regierungsparteien in ihrer Steuerpolitik zu folgen. Am noch einmal schon Gesagtes zu wiederholen: Unsere Opposition ist nicht Opposition um jeden Preis, wir lassen uns in unserer Politik von unsrem

Verantwortungsgefühl für das Ganze

leiten. Wir wollen nicht in die Regierung hinein, aber wir stellen mit einer gewissen Befriedigung fest, daß die Herren von Westarp ihren Eintritt vorläufig auch nicht vollziehen. Ranges aus dem Verhalten der Deutschnationalen zu der jetzigen Außenpolitik der Regierung ist ersichtlich, weil sie den Deutschnationalen die Möglichkeit genommen hat, ihren Wiedereintritt in die Regierung zu vollziehen. (Sehr wahr! links.) Es gibt ja Leute bei den Deutschnationalen, die den Eintritt in die Regierung über den Sturz der Regierung Luther und Stresemann nehmen wollten. Die „Kreuzzeitung“ hat ja geschrieben, daß alle Mittel angewendet werden sollten, um neue Männer mit der auswärtigen Politik zu betrauen. Es wäre doch interessant, zu erfahren, welche Mittel die Deutschnationalen außer den parlamentarischen zu diesem Zwecke benutzen wollen.

Die Deutschnationalen haben noch während der Genfer Tagung versucht, einen Unterschied zwischen dem Reichskanzler und dem Außenminister zu konstruieren; der Reichskanzler konnte immer noch Gnade vor ihren Augen finden, während

Herrn Stresemann die schärfste Verdamnis traf.

Für uns ist es heute immerhin interessant, daß Dr. Luther, mit dem doch die Deutschnationalen in einer Regierung zusammengewesen haben, heute als fast ebenso großer Schädling am deutschen Volke behandelt wird, wie seinerzeit Bismarck und Rathenau. Wir wissen nicht, ob wir Dr. Luther dazu bedauern oder beglückwünschen sollen, daß er in der Hochschätzung derjenigen Leute, auf die er einst so großen Wert gesetzt hat, keine besonderen Fortschritte aufzuweisen hat. (Lebhafte Heiterkeit links und im Zentrum.)

Jedenfalls hat der Versuch der Deutschnationalen, wieder zur Macht zu gelangen, zurzeit wenig Aussichten auf Erfolg, zumal sich auch die Opposition um Herrn v. Kardorff wieder etwas beruhigt hat. (Heiterkeit.)

Ganz anders wäre es natürlich, wenn in Genf der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund erfolgt wäre. Dann stände man vor einer vollendeten Tatsache und würde sich doch im Interesse der großen nationalen Ideale nicht der vaterländischen Mitarbeit an der Reichsregierung entziehen! (Erneute lebhafteste Heiterkeit links und in der Mitte.)

Innerhalb der Deutschnationalen Partei sind ja schon seinerzeit

lebhafteste Bedenken gegen den Austritt aus der Regierung

im Oktober erhoben worden. Beweise dafür sind die Mandatsniederlegung des Freiherrn v. Ritzhosen und ihre Begründung, ferner der Artikel des Abg. Dr. Strathmann in einer Berliner Wochenschrift, der zum Schluß die deutschnationale Parteileitung als Opfer eines gewissen Doktrinarismus hinstellt. Ich glaube allerdings mehr, daß die Deutschnationalen

sich selbst in den Netzen der Demagogie gefangen

haben, die sie vorher ausgegipfelt hatten. (Lebhafte Zustimmung bei der Mehrheit.) Der dritte Beweis ist ein Rundschreiben, das mir in diesen Tagen, allerdings nicht offiziell (lebhafteste Heiterkeit) zugegangen ist. Es gibt nämlich in der Deutschnationalen Partei eine ganze Reihe von Gruppen, auf die nicht immer das Bismarckwort zutrifft: „Seht, wie schön und lieblich ist es, wenn Brüder einträchtiglich beieinander wohnen.“ (Stürmische Heiterkeit.) Diese Gruppen versenden regelmäßig Rundschreiben und so hat auch eine „Gruppe der nationalen Opposition“ diesen Hirtenbrief versendet. Darin steht vor allem, daß

man sich hüten müsse, gegen die Regierung Luther in diesem Moment ein Mißtrauensvotum einzubringen.

Denn es sei 100 zu 1 zu werten, daß im Fall eines offenbaren deutschnationalen Mißtrauensvotums die Sozialdemokraten an die Seite der Regierungsparteien treten, die Regierung also ein überragend starkes Vertrauensvotum erhalte, ja noch tiefer in die Abhängigkeit von der Sozialdemokratie gerade in ihrer Außenpolitik hineingetrieben werde.

Das Rundschreiben sagt weiter, daß die Regierung den grundsätzlichen nationalen Standpunkt in Genf immerhin gewahrt habe (Hört, hört! links und in der Mitte.) Gelänge es aber, was eine außerordentliche Ueberbahrung sein würde, infolge passiver Haltung der Sozialdemokratie die Regierung zu stürzen, so würde die Folge nur eine unendliche Regierungskrise sein, die noch viel langweiliger wäre, als die Krisen der letzten Jahre, da in diesem besonderen Falle auf ein persönliches Eingreifen des Reichspräsidenten überhaupt nicht zu rechnen sei

(Heiterkeit), und so würde das Ergebnis ein drittes Kabinett Luther-Stresemann sein, dessen Unentbehrlichkeit auf diese Art bewiesen würde, oder gar ein Vorkabinett, in dem ein passivistischer Propagandist à la Rudolf Breitscheid die Außenpolitik leiten würde (stürmische Heiterkeit), während doch die Regierung Luther-Stresemann den deutschnationalen Standpunkt in Genf festgehalten hat! (Schallende Heiterkeit.)

Das Rundschreiben sagt weiter, je mehr die Deutschnationalen den Gegensatz zwischen sich und der Mitte vertiefen,

um so schwieriger werde die Verständigung, die doch einmal mit den Mittelparteien für den Staatsaufbau getroffen werden müsse. (Die Deutschnationalen haben diese Zitterung des Rundschreibens ihrer Parteiposition mit zunehmender Erregung angehört, die durch die wiederholten Heiterkeitsbrüche der anderen Parteien zur Wut gesteigert wird; deshalb schreien sie jetzt erst einzeln, dann im Chor nach dem Namen des Unterzeich-

Das Volksbegehren.

Halle-Merseburg.

Merseburg, 23. März. (WZ.) Im Wahlkreis Halle-Merseburg haben sich nach der bisherigen amtlichen Zählung 309 000 Stimmberechtigte für das Volksbegehren eingetragen. Bei der Reichstagswahl vom Dezember 1924 erhielten die drei Parteiparteien (Kommunisten, Unabhängige Sozialdemokraten und Sozialdemokraten) zusammen 302 593 Stimmen.

Hessen-Nassau.

Eintragungen: 538 038 Personen. Stimmen von Sozialdemokraten, Kommunisten und Unabhängigen am 7. Dezember: 443 292.

Ostthannover.

Eintragungen: 153 900 Personen. Stimmen von Sozialdemokraten, Kommunisten und Unabhängigen am 7. Dezember 1924: 165 512.

Südthannover-Braunschweig.

Es haben sich eingetragen 441 099 Personen. Bei der letzten Reichstagswahl entfielen auf Sozialdemokraten, Kommunisten und Unabhängige 411 521 Stimmen.

Freistaat Sachsen.

Dresden, 23. März. (WZ.) (Amtlich.) Vorläufiges Ergebnis des Volksbegehrens für den Freistaat Sachsen:

Zahl der Eintragungen 1 542 359.

Stimmberechtigt bei der Wahl des Reichspräsidenten am 26. März 1925 3 281 725. Eintragungen haben sich 47,3 Proz. der Stimmberechtigten.

ners oder Verfassers sowie der Verbreiter dieses Rundschreibens, deren Nennung Breitscheid selbstverständlich ablehnt. Als die Deutschnationalen mit ihrem Gesandten auftraten, verweist er darauf, daß sie dasselbe Theater aufgeführt haben, als Wels im Reichstag ein authentisches Protokoll der deutschnationalen Vorstandsitzung vorgelesen hat. Jedenfalls haben Sie kein Mißtrauensvotum eingebracht, sich also im Sinne des Rundschreibens gehalten. (Widerpruch rechts.) Wenn Sie jetzt das Verzeichnis nachgeholt haben, dann nehme ich das gern zur Kenntnis. Gestern aber hat Graf Westarp von einem Mißtrauensvotum noch nichts gesagt, sondern vielmehr den Herren Luther und Stresemann vorgeschlagen, sie möchten doch von selbst zurücktreten.

Westarp schickte ihnen die seidene Schaur.

ohne allerdings über die Macht des Großherrn zu verfügen. (Heiterkeit.) Jedenfalls ist es eine neue Methode, den Ministersturz auf dem Wege des gütlichen Rücktritts zu betreiben. (Stürmische Heiterkeit.)

Die Rede unseres Genossen Breitscheid, deren Schluß wir im Morgenblatt bringen werden, wurde vom Hause mit größter Aufmerksamkeit aufgenommen und von der linken Seite wiederholt mit zustimmenden Äußerungen begleitet. Als Breitscheid um 1/2 Uhr geendet hat, verlied Präsident Löbe unter großer Heiterkeit des Hauses, daß inzwischen ein Antrag der Regierungsparteien eingegangen sei, wonach über den Antrag der Völkischen, der Regierung ein Vertrauensvotum anzustellen, zur Tagesordnung übergegangen werden soll.

Danach nimmt zu allgemeiner Ueberraschung für die Deutschnationalen der frühere Großadmiral v. Tirpitz das Wort. Er spricht zum erstenmal als Abgeordneter im Reichstag.

Außenpolitische Debatte im Landtag.

Rede des Ministerpräsidenten Otto Braun.

Bei der Fortsetzung der Etatsberatung im Preussischen Landtag hat heute nachmittag gegen 2 Uhr in der Debatte über die außenpolitische Frage der preussische Ministerpräsident Genosse Otto Braun das Wort ergriffen, um zu den Ausführungen der Parteiredner in der Debatte Stellung zu nehmen.

Monarchismus und Volksbegehren.

Die Monarchisten geben die Hoffnung auf.

Im „Hannoverschen Kurier“, der, früher nationalliberal, jetzt zur Deutschen Volkspartei gehört, lesen wir: „Wie immer man auch diesen Volkspruch nach seinem Inhalt beurteilen mag, eins hat er einmal wieder gezeigt, daß zurzeit jede monarchische Restauration auf den Widerstand von mindestens einem Viertel der wahlfähigen Bevölkerung stoßen würde. Denn daß die Aberkennung der Besitzerschaft kein Bekenntnis zur Monarchie ist, wird ja wohl niemand bezweifeln. Wenn dem aber so ist, dann können wir zunächst die Monarchie nicht als einen Heilfaktor betrachten, mit dem in absehbarer Zeit zu rechnen ist. Woraus weiter folgt, daß wir uns mit aller Energie der Ausgestaltung des gegenwärtigen Staates annehmen müssen.“

Das ist eine offene Anerkennung des großen politischen Erfolges des Volksbegehrens. Der Monarchismus liegt am Boden.

Rhein und Frankreich. Der „Temps“ schreibt zur Befreiungsfrei in Köln: Der Reichspräsident, der auch der Führer des kaiserlichen Deutschland während des Krieges gewesen ist, hat mit der Reichsregierung und dem gesamten deutschen Volke die Räumung eines Teiles des besetzten Gebietes feiern wollen. Nichts sei natürlicher. Ein Volk hat das Recht, sich darüber zu freuen, wenn eine fremde Besetzung ein Ende nehme.

Keine militärischen Verbände mehr?

Der Waffenlieferant der Vaterländischen meldet sich.

Man schreibt uns:

In die einzelnen Ortsgruppen der Vaterländischen Verbände wird jetzt vertraulich ein Katalog von Paul Krndt, Sulzbach, Oberpfalz, versandt. Diese Preisliste wird als streng vertraulich behandelt, was nach dem Inhalt verständlich ist.

Folgende Artikel werden dort angeboten: Waffenrocke nach Reichswehrart, Militärmäntel neu, Tornister, Brotbeutel, Feldflaschen, Kochgeschirre, Trinkbecher, Infanteriekraten, Beispizen, Leuchthandgranaten, neue Seitengewehre mit Lederhülle und Lederhülle, Patronenloschen dreiteilig, Wehrstöcke, Taschen zum Stockhalten, Stahlrute „Sipo“, längste Form mit Eisenknopf, Gummiknippel, Karte „Lebensretter“ wie Polizei mit Handriemen, Schlagringe mit und ohne Spigen, Leuchtsignalpistolen, Munition dazu gelb, grün und rot, Verteidigungswaffen aller Art: Walter-Pistole 6,35 und 7,65 Millimeter, Ortgief 6,35 und 7,65 Millimeter, Mannpistolen 7,65 Millimeter, Westentaschenpistole „Liliput“, Koppelschlösser mit der Aufschrift „Gott mit uns“, Gewehre Modell 98 Nachbildung zum Exerzieren, Steinbomben aus Glas, Stahlhelme fast neu, Heeresgut mit neuem Anstrich, gutem Lederfutter und Sturmmiemen und dergl. Dinge mehr. Außerdem Bücher wie „Der Infanterist“, Ausbildung des jungen Frontsoldaten“ usw.

Noch interessanter als diese Liste ist das Verbeschreiben, das der völkische Waffenlieferant dem Katalog beifügt. Es lautet:

Freideutscher Gruß zuvor!

Allen lieben Kameraden und Ortsgruppen spreche ich stolz meinen besten Dank für die tatkräftige Unterstützung in den letzten Jahren aus. Insbesondere denen, die mein Unternehmen in allen Ortsgruppen empfohlen haben, so daß ich heute bereits 3000 Ortsgruppen als Kunden habe. Unser gemeinsames Ziel ist aber noch lange nicht erreicht, denn es gibt noch viele Kameraden, die teils aus Unwissenheit, teils aus der bekannten spießbürgerlichen Gleichgültigkeit bei irgendeiner Firma, die zufällig auch einmal in einer nationalen Zeitung inseriert, die Bestellung abgeben, diese Firmen haben neben Schwarz-Rot-Weiß-Rot aber auch Schwarz-Rot-Gold als Geschäftsideal. Kunden aus dem Reichsbanner und dem RFB, sehen dort neben Kunden aus der nationalen Bewegung. Diesen gesinnungstüchtigen Geschäftsmachern muß das Handwerk gelegt werden. Ich zweifle nicht, daß manche Ortsgruppen gar von Deutschlands „besten Söhnen“, den Juden, gekauft haben, denn diese Schwarzer machen sich unter neutraler Firma bereits in allen Lagern breit.

Kameraden! Hier gilt es aufzuräumen. Sorgt dafür, daß alle Ortsgruppen der Vaterländischen Verbände nur bei solchen Geschäften bestellen, die sich offen auf die nationale, soziale, deutsche Seite stellen. Bestellt umgehend kostenlos für alle Ortsgruppen der vaterländischen Bewegung Eurer Heimat je einen Katalog. Bitte sparsam sein. Geld ist rar! Nehmt diesen Katalog mit in die nächste Versammlung. Legt denselben zu Eurem Ortsgruppenbriefwechsel. Unterstützt das einzige Spezialgeschäft der Vaterländischen Verbände, dessen Inhaber im Zellstall des schwarzroten Terroristen wegen „Staatsgefährlicher Umtriebe“ (Handel mit vaterländischen Artikeln) „nur“ 5 Gefängnisstrafen erhielt! Geht schon aus diesem Grunde an die Werbearbeit! Run erst recht!

Mit treudeutschem Gruß

Euer Kamerad

Paul Krndt

Sulzbach in Oberpfalz.

Der Fabrikant Krndt hat sich nach eigener Angabe wiederholt Gefängnisstrafen wegen verbotenen Waffenhandels zugezogen. Er rühmt sich dessen auch noch und setzt, wie sich aus dem Katalog ergibt, den illegitimen Handel fort. Er behauptet, Lieferant von 3000 Ortsgruppen der Vaterländischen Verbände zu sein. Verbände, die sich mit militärischen Dingen beschäftigen, sind nach einem vor kurzem herausgegebenen Erlaß des Reichsinnenministers aufzulösen. Was gedenkt das Reichsinnenministerium zu tun?

Das Abkommen von London.

Die deutsche Delegation über die Arbeitszeitkonferenz.

Die Auslegungen, die das Washingtoner Abkommen auf der Londoner Arbeitszeitkonferenz gefunden hat, werden vom Reichsarbeitsministerium folgendermaßen erläutert: Für Deutschland sei der deutsche Text der Auslegung maßgebend. Die Vereinbarungen in London sprechen keine Verpflichtung zur Ratifizierung aus, es handele sich lediglich um Auslegungsvereinbarungen, die zunächst nur für die in London vertretenen Länder Geltung haben, also für die fünf größten Industrieländer Europas. Die Auslegungen seien mit dem Text des Washingtoner Uebereinkommens vereinbar. Das einzelne Land könne in seiner Auslegung der Bestimmungen strenger sein, dürfe jedoch nicht unter die Londoner Auslegungen herabgehen. Die Feststellung, daß das Uebereinkommen auf alle gewerblichen Betriebe anzuwenden ist, war notwendig, weil verschiedentlich die Kleinbetriebe ausgenommen waren. Post, Telegraphie und Telephon zählten zum Handel, der von dem Washingtoner Uebereinkommen ausgenommen ist.

Das Baugewerbe müsse als Saisongewerbe gelten. Es sei daher zulässig, die Verteilung der Arbeitszeit auf das ganze Jahr vorzunehmen, so daß längere Arbeitszeit im Sommer ohne Ueberstundenbezahlung vereinbart werden könne. Von dem Begriff der Arbeitsvereinfachung sind vorab alle in der Gütererzeugung tätigen Arbeiter ausgeschlossen. Artikel 6 des Washingtoner Uebereinkommens sei sehr schlecht gefaßt, weshalb die getroffenen Vereinbarungen notwendig waren. Der Landesgesetzgebung bleibe vorbehalten, für die nach Artikel 6 b zu leistenden Ueberstunden eine Höchstzahl festzusetzen. Der Mindestbeitrag des Lohnzuschlags für Ueberstunden nach Artikel 6 b in Höhe von 25 Proz. wurde als zwingend anerkannt.

Besonderen Wert legt die deutsche Delegation auf die Verständigung über die Auslegung des Artikels 14. Die schweren Bedenken auf deutscher Seite seien von der Konferenz anerkannt worden, die überhaupt für die deutschen Verhältnisse großes Verständnis gezeigt habe. In dem deutschen Text ist ein Uebersehungsfehler insofern unterlaufen, als der Begriff „Arbeitsvereinfachung“ nicht auf Feuerwehrlente schlechthin, sondern für Wehrfeuerwehrlente Anwendung findet.

Rücktritt der rumänischen Regierung. Außenminister Duca erklärte in einem Interview, die Regierung werde endgültig am 27. März zurücktreten. Brătianu werde im Parlament eine Erklärung verlesen, daß die Mission von Kammer und Senat erfüllt sei und Neuwahlen ausgeschrieben würden.

Alkoholbeschränkungen in der Türkei. Die Kammer in Angora nahm einen Gesetzentwurf an, der die Herstellung, die Einfuhr und den Verkauf von Alkohol und ostkohlhaltigen Getränken im allgemeinen an ein Staatsmonopol bindet. Die Herstellung und Ausfuhr von Weinen dagegen ist mit Genehmigung der Monopolverwaltung freigegeben.

Für Radiosünder!

Der Umstand, daß in Berlin fast täglich in größerem Umfang Beschlagnahmen von Rundfunkempfangsanlagen stattfinden, und daß hieron heute allgemein die minderbemittelte Bevölkerung betroffen wird, gibt uns Veranlassung, erneut auf eine Bestimmung der Verordnung zum Schutze des Funkverkehrs hinzuweisen, über die ein großer Teil der Bevölkerung anscheinend nicht unterrichtet ist, wie aus den täglichen Verhandlungen vor den Gerichten zu entnehmen ist. Die Verordnung befindet sich im § 2:

„Sende- und Empfangseinrichtungen jeder Art usw. dürfen nur mit Genehmigung der Reichstelegraphenverwaltung errichtet oder betrieben werden. Wer vorsätzlich entgegen diesen Bestimmungen eine Funkanlage errichtet oder betreibt, wird mit Gefängnis bestraft. Der Verlust ist strafbar.“ Unkenntnis des Gesetzes schließt bekanntlich vor Strafe nicht. Sobald danach eine Anlage errichtet wird, ohne daß eine Genehmigung der Reichstelegraphenverwaltung nicht nur beantragt, sondern auch den kontrollierenden Beamten vorgelegt werden kann, liegt ein strafbarer Tatbestand vor, der die Beschlagnahme des Geräts und die Einleitung eines Strafverfahrens zur Folge hat, gleichviel, ob der Inhaber mit dieser Anlage Empfangsversuche angestellt hat oder nicht. Allgemein ist die Ansicht vorherrschend, daß man eine Empfangsanlage errichten könne, und daß die Anmeldeung erst dann zu erfolgen brauche, wenn der Inhaber nach seiner Meinung ausreichenden und guten Empfang erzielt habe. Streng genommen, ist der Verlust der Errichtung, d. h. die Errichtung einer Antennenanlage mit dazugehöriger Erdung schon strafbar, weil sie ein wesentlicher Teil einer Anlage sind. Dahingehende Beurteilungen sind bereits ergangen. Wir weisen nochmals ausdrücklich darauf hin, vor beabsichtigter Herstellung einer Rundfunkanlage die Genehmigung beim zuständigen Postamt zu erwirken, die auch in allen Fällen sofort auszuhandigen ist. Die Strafen für Funkvergehen bewegen sich an Stelle der verwirkten Gefängnisstrafen von 1 Tage bis zu 14 Tagen in der Höhe von 3 bis zu 150 M., gleichzeitig wird auf Einziehung der beschlagnahmten Geräte erkannt. Die Strafe steht also in gar keinem Verhältnis zu den hinterzogenen Postgebühren von monatlich 2 M. und macht es fast ungreiflich, daß auch heute noch monatlich 80 bis 100 Beschlagnahmen wegen Schwarzhörens erfolgen. Es kommt weiter hinzu, daß Rundfunkteilnehmer aus irgend welchen Gründen mit ihren Gebühren im Rückstande bleiben. Diese erhalten nach einer gewissen Zeit eine Aufforderung, ihre Gebühren zu bezahlen oder die Anlage innerhalb 3 Tagen zu beseitigen. Diese Anlagen sind also von der Postverwaltung gefällig. Die Inhaber werden strafrechtlich verfolgt, sofern bei einer Kontrolle die Anlagen betriebsfertig vorgefunden oder mit wenigen Handgriffen betriebsfertig hergerichtet werden können. Hier handelt es sich um Anlagen, für die von der Reichstelegraphenverwaltung die Genehmigung erteilt worden ist, gleichviel, ob der Inhaber noch im Besitze der Genehmigungsurkunde ist oder nicht. Dasselbe trifft auch auf die von den Rundfunkteilnehmern abgemieteten Anlagen zu, die auf Grund der Bestimmungen restlos zu beseitigen sind.

Wir glauben mit diesem Hinweis eine Mahnung verbinden zu müssen, daß alle diejenigen, die auch heute noch Empfangsversuche anstellen, ohne ihre Anlage angemeldet zu haben, dieses nunmehr sofort nachholen. Die Kontrolle ist äußerst streng und der lieben Freunde und Nachbarn sind zu viele, die um das Wohl und Behe ihrer Mitmenschen besorgt sind.

Die Rundfunksteuer.

Wie bereits mitgeteilt, hatte der Magistrat bei der Beratung des Haushalts die Einführung einer Rundfunksteuer in Aussicht genommen. Bei der späteren Beratung des Haushalts in dritter Lesung hat dann der Magistrat aber die Steuer abgelehnt. Nunmehr hat sich heute auch die Finanz- und Steuerdeputation eingehend mit der Frage beschäftigt, die Entscheidung aber bis zur nächsten Sitzung vertagt.

Ein Amokläufer.

Zu einer schweren Messerstecherei, bei der mehrere Personen auf dem Plage blieben, kam es gestern nacht in einem Lokal in der Birkenstraße. Der 27 Jahre alte Zeichner Karl Böhm aus der Bremer Straße betrat in angeheitertem Zustand das Lokal und nahm weitere Getränke zu sich. Er machte sich in unliebbarer Weise bemerkbar und begann andere Gäste zu belästigen. Die Folge davon war, daß ihn der Wirt kurzerhand an die frische Luft setzte. In größter Wut begab sich L. in seine nahegelegene Wohnung und erschien nochmals, mit zwei Dolchen bewaffnet, vor dem Lokal. Er forderte Einlaß und als die Tür nicht geöffnet wurde, schlug

er die Scheibe ein. Mit dem Dolch in der Hand stürzte er sich wie ein Amokläufer zuerst auf den 44 Jahre alten Unternehmers Julius Glanert aus der Wilhelmshavenstr. 11, und stach sinnlos auf ihn ein. Mit schweren Stichen im Kopf und in der rechten Brustseite brach Glanert bewußtlos zusammen. Der Wirt und ein weiterer Gast, die Glanert zu Hilfe kamen, erlitten gleichfalls am Körper und an den Armen Stichwunden. Böhm selbst war auch arg zugerichtet. In einer großen Blutlache lag er bewußtlos am Boden. Das inzwischen herbeigeeilte Ueberfallkommando Tiergarten sorgte für die sofortige Ueberführung in das Vorkommando-Krankenhaus und die Charité. Eine genaue Untersuchung des Vorfalls ist bereits eingeleitet.

Gesundbrunnen-Neufölln.

Der Stand der Untergrundbahnarbeiten.

Die Arbeiten zur Herstellung der Fahrtrassenabdeckung am Hermannplatz und Kottbuser Damm sind soweit vorangeschritten, daß ein großer Teil des in Anspruch genommenen Fahrdammes bereits dem Fuhrwerksverkehr wieder übergeben werden konnte. Das bestehende Straßenbahngeleise, das zurzeit noch in der Mitte des alten Fahrdammes liegt, ist zum großen Teil auf die provisorische Fahrtrassenabdeckung in der Breite des früheren westlichen Bürgersteiges verlegt worden, und es wird in einiger Zeit, genau wie auf der Ostseite des Kottbuser Damms, der Straßenbahnverkehr auf dem neuen Geleise der Westseite in Betrieb genommen werden können. Der Erdaushub ist voll im Gange. Die Einfahrt zur eigentlichen Untergrundbahnabdeckung ist im Zuge der Boppstraße bereits ausgeführt. Der Schachttunnel wird zum Teil auf dem Wasserwege mit Köhnen zu Anschlägen von Ufergelände zum Tegeler See abgefahren, zum Teil wird er benutzt, um den fertiggestellten Tunnel der Nord-Südbahn am Hermannplatz und in der Berliner Straße zu verfüllen. Die Zahl der bei diesen Arbeiten beschäftigten Leute hat sich in der letzten Woche nicht verändert; es sind bei diesen Arbeiten beschäftigt rund 1200 Mann, von denen 600 nach den Bedingungen der produktiven Erwerbslosenfürsorge eingestellt sind. Bei den Leistungserwartungen, welche zur Freimachung des vom Tunnel beanspruchten Straßenstreifens in den früheren breiten Bürgersteigen des Kottbuser Damms vorgenommen werden müssen, sind gegenüber der Vormoode rund 550 Arbeiter beschäftigt, von denen 250 Arbeiter als Notstandsarbeiter beschäftigt werden. Die Rammarbeiten für die Ausleistung der Baugruben zur Unterfahrung des Landmehrkanaals sind mit zwei Rammen begonnen. In der Baustraße Neanderstraße sind die Rammarbeiten bereits vorangeschritten. Tie mit Rücksicht auf den Verkehr sehr schwierigen Ramnungen im Kreuzdamm der Köpenicker und Neander- bzw. Brückenstraße sind aufgenommen und müssen in der Hauptsache in den kurzen Betriebspausen der Straßenbahn während der Nacht ausgeführt werden. Die Rohbauarbeiten zur Herstellung des Tunnels sollen in öffentlicher Ausschreibung vergeben werden. Die Angebote sind fällig am 20. d. M. und kann die Vergabe in kurzer Zeit erfolgen. Die Zuschüttungsarbeiten am Luisenstädtischen Kanal werden in allerzuerst Zeit beginnen können. Bevor die Arbeiten aufgenommen werden, muß für die zahlreichen Notauslässe, die jetzt noch im Luisenstädtischen Kanal münden, eine Vorflutrinne offengehalten werden, welche durch Einrammen einer hölzernen Spundwand parallel der östlichen Ufermauer des Luisenstädtischen Kanals hergestellt wird. Die Arbeiten zur Herstellung dieser Rinne werden in den nächsten Tagen in Angriff genommen.

Am Bahnhof Hermannplatz der Nord-Südbahn schreiten die Arbeiten planmäßig voran, sie werden mit allen Mitteln in mehrschichtigem Betrieb gefördert. Die Inangriffnahme der Strecke Neufölln bis zum Bahnhof Bergstraße ist Mitte April bestimmt in Aussicht genommen. Die Zahl der bei diesen Arbeiten noch beschäftigten Arbeiter beläuft sich auf rund 650, so daß zurzeit insgesamt bei den Arbeiten der Nord-Südbahn und der Schnellbahn nach Neufölln rund 2400 Arbeiter beschäftigt sind.

Symphoniekonzert der Schutzpolizei.

Gesternabend veranstaltete das Sinfonieorchester der Schutzpolizei in der Staatlichen Musikschule Charlottenburg unter Leitung Friedrich Karl Adlers ein Wohlthatigkeitskonzert. Das Programm war nicht sehr glücklich zusammengestellt. Nach der Egmont-Ouvertüre und Schuberts Unvollendeter sang der gemischte Chor der Schutzpolizei Volkslieder, ohne eine Pause dazwischen einzuschalten. Am zweiten Teil standen Bizets „L'Arlesienne“, Griegsche Lieder, Smetanas „Moldau“ und das Meisterfingeroorspiel auf dem Programm. Sicherlich eine reiche Auswahl, aber sich in vielem widersprechend. Vielleicht wollte dadurch das Orchester beweisen, daß es in allen Sätzen gerecht ist und dieser Beweis gelang.

Wenn manches auch in der „L'Arlesienne“, besonders im ersten Satz, zu überhitzt klang, wenn man sich auch die Egmont-Ouvertüre wuchtiger vorstellen kann, so hinterließ doch das Konzert den Eindruck, daß hier ein gut zusammengesetztes und geübtes Orchester spielte. Besonders rein klangen die Streicher, die in der Unvollendeten im Andante voll und tonreich spielten. Adler selbst, der stellenweise die Reihung hat, ein Tempo zu stark zu beschleunigen, dämpfte auch die Bläser zugunsten des Streichkörpers, nur nicht genügend im Cavillon der „L'Arlesienne“. Ueberhaupt liegt ihm Bizet weniger als Schubert. Hier ist er in der Ausdeutung eines Themas, in der Schattierung der Instrumente, im Tempo und Rhythmus, auch in der künstlerischen Durchdringung ausgezeichnet, während er bei Bizet allein durch Tempobeschleunigung das Stigernde, Längerische dieser Musik zum Ausdruck zu bringen meint. Im Ganzen bot das Orchester unter Führung Adlers ein gutes Bild, es steht weit über bloßem Dilettantismus, es ist ein Instrument, das sehr gut gespielt werden kann, aber vielleicht wäre es möglich, bei einem der nächsten Konzerte das Programm mehr nach künstlerischen Gesichtspunkten auszugestalten. Pauline Döberl sang Griegs „Schwan“ und „Bonnie MacVincie“. Ihre Stimme ist nicht groß, aber in Mittelage und Höhe gut ausgebildet von dunkler, samtartiger Färbung, weich und ausdrucksvoll. Auch der Chor der Schutzpolizei unter Leitung Hans Werdmanns brachte ausgezeichnete Leistungen, sang rhythmisch, ergoß mit richtigem Gefühl für Tempo.

Rote Frontkämpfer und Reichsbanner.

Eine gestern im Saalbau Friedrichshain von den sieben ausgeschlossenen Reichsbannermitgliedern abgehaltene Versammlung gibt einem Mittagsblatt Veranlassung, von einer Reichsbannerkriege zu schreiben. Demgegenüber wird festgestellt, daß der Ausschluß nicht erfolgte, wegen der Teilnahme an der Beerdigung, sondern bereits zwei Tage vor der Beerdigung des Roten Frontkämpfers klassiert, und zwar aus dem Grunde, weil sich die in Frage kommenden ehemaligen Reichsbannermitglieder an einer kommunistischen Demonstration beteiligt haben. Die gestrige Versammlung ließ klar erkennen, daß die eigentlichen Drahtzieher in den Reihen des Roten Frontkämpferbundes und der Kommunistischen Partei zu suchen sind. Der ganze Verlauf der Versammlung bestätigte, daß vom RFB beabsichtigt ist, eine Spaltung des Reichsbanners herbeizuführen, was insbesondere auch aus dem Rundschreiben des RFB, das in der letzten Zeit an seine Mitglieder ergangen ist, deutlich hervorgeht. In seinem Referat bemühte sich Hermann Bernstein, nachzuweisen, daß der Ausschluß wegen der Teilnahme an der Beerdigung des Roten Frontkämpfers klassiert wäre und verlangte eine größere Aktivität bei den verschiedenen politischen Fragen, die jedoch nicht durch das Reichsbanner gelöst werden können. Bezeichnend war, daß alle Disziplinensredner, soweit sie nicht Kommunisten waren, niedergeschrien wurden, daß man dagegen dem Vertreter des RFB, willig Gehör schenkte. Ein Teil der Reichsbannerleute sah sich deshalb veranlaßt, den Saal zu verlassen. Vor der Abstimmung über die vorgelegte Resolution forderte dann der Versammlungsleiter Hermann Bernstein die noch anwesenden Reichsbannerkameraden auf, den Saal zu verlassen, so daß es kein Wunder ist, daß eine Resolution, die die Wiederaufnahme der Ausgeschlossenen fordert, einstimmig vom Roten Frontkämpferbund angenommen wurde.

Der Polizeipräsident teilt mit: „Die „Rote Fahne“ veröffentlicht mit Ausdrücken bestigter Entrüstung eine Kommando-Verfügung der Berliner Schutzpolizei. Diese Verfügung und die Anordnung zu einem rücksichtslosen Einschreiten der Schutzpolizei bei Ruhestörungen sowie meine wiederholten Warnungen waren notwendig, weil in den letzten Wochen unzählige Ueberfälle — darunter weit mehr als 50 durch Angehörige des Roten Frontkämpferbundes — zu verzeichnen waren und dauernd Angriffe auch auf Polizeibeamte erfolgten. Sämtliche Fälle sind natürlich der Staatsanwaltschaft zur zuständigen Erledigung überwiesen worden.“

Zu einem schweren Straßenbahnzusammenstoß kam es auch heute mittag gegen 11 Uhr in Charlottenburg an der Ecke Squarey-Steinlandsstraße. Ein Triebwagen der Linie 84 fuhr von einem auf die Erde biegenden Lastkraftwagen in die Flanke. Durch den starken Anprall wurde der Vorderperon total eingedrückt, sämtliche Scheiben gingen in Trümmer. Einige Personen wurden durch Glassplitter glücklicherweise nur leicht verletzt. Der Triebwagen mußte abgeschleppt werden.

Internationaler Vorkampft Ostland-Berlin. Der für Mittwoch, den 24. März, abends 8 Uhr, im Schweizergarten, Am Friedrichshain 29/32, angelegte Vorkampfabend fällt aus.

Richard Wagner, der Jüngling.

(Zur Aufführung des „Rienzi“ in der Staatsoper.)

„Rienzi, der letzte der Tribunen“ — das klingt wie der schmetternde Rhythmus einer Fanfare. Das Werk beglaubigt diesen Rhythmus: von der ersten bis zur letzten Note ein mit vollen Baden geblasenes Stück hochgeschauter Staatsaktion, ein Hineinklinken in den Trübel politischer, menschlich untermalter Geschehnisse, ein breites, aber nicht tiefes, ein lautes, aber nicht beredtes Zeugnis für den Willen Wagners, die Tragik des einzelnen schwanfenden Menschen gegen den Gesamtwillen eines Volkes zu stellen. Die suggestive Kraft des Volkstribunen Rienzi erschöpft sich im äußerlich schwungvollen Regitativ, die Liebesjungen zwischen Adriano und Irene in einem Hin und Her von Schmach, Beten, Engleiten, Inaktivität. Chöre des Friedens und des Krieges beleben eine große Oper, die ganz im Sinne Spontinischer Effektreue steht, die ganz elementar das Grobe, Brutale, Faustliche eines Orchesters zum Ausdruck grober, brutaler, ungebändigter Volkstrost hergibt. Auch Wagner war einmal ein Trompeter, auch er hat seine Theorie vom musikalischen Drama erst in einem eigenen Werk widerlegen müssen. Die Lehre, die ihn vom „Rienzi“ zum „Jüngling Holländer“, von hier in zwanzig Jahren zu den „Meisterfingern“ führte, ist unschätzbare. Der 27jährige Jüngling schrieb diese Elefantentatartitur von der Seele, um nie mehr in den theatralischen Pomp Regierbeers zu verfallen. Vor die Sublimierung des Genies hatten die Götter ihm die traffe künstlerische Entladung dieses Fanfarencruses als Aufgabe bestimmt. Zu einer Handlung, die den Aufstieg des Volkstribunen und seinen Fall mathematisch abgezirkelt durch fünf Akte hindurch episch breit schäufert, will die Musik trotz des Lärms nur schüchtern passen, trübenische Schreibmanier läßt auch ein jüngerhaftes Fühlen in die arischen Partien nicht voll, nicht echt, nicht ehrlich ausströmen. So wurde der „Rienzi“ eine schmetternde Fanfare, kein politisches Drama, kein Liebeslied.

So sehr aktuell Glück und Ende dieses Rienzi heute anmutet, so veraltet ist die Musik. Aber ein geschicktes, ja raffiniertes Theaterstück steht schon darin; man muß es nur gestalten. Der Regisseur Holz hat alles verstanden, was Sinn für revolutionäre Massenbewegung, für Sturm, Unruhe, Volksbegehren, Mut und Rache großer Parteien ist. Das war allezeit, starkste, phantastische, am Erbdothen liebede Inzenisierung, nur die monotone, farblosen Bilder Vargas pöhten. Welch mächtige die Partitur mit Schwung, ohne die Möglichkeit zu haben, in die Massen von innen her Rhythmus zu hämmern. Die Adressierten Chöre klangen allerdings ausgezeichnet. So ist als Rienzi bei sehr Eindringlichkeit; der Akte hielt er in Spiel und Gesang prächtig durch, um im Gebet schließlich zu versagen. Der Akte Ober liegt die Lyrik des Adriano gar nicht; mit Intelligenz hofft sie sich da, wo die Stimme nach ganz anderen Gestaltungsmöglichkeiten zu suchen schien. Alle anderen ließen bloß, konform der Zeichnung, die ihnen Richard Wagner, der

Jüngling, auf den kurzen Lebensweg mitgegeben hatte. Dieser Jüngling ist tot (und das erkannte auch das schweigsame Publikum); es lebe der Mann und der Kreis Richard Wagner.

Kurt Singer.

Der Sängerkor Tempelhof veranstaltete in der Aula des Real-Gymnasiums Tempelhof einen Vorkampfabend mit gemischtem Chor. Das Konzert begann mit dem Chor „Wach auf“ aus Wagners „Meisterfingern“ in der Bearbeitung von Siegfried Ochs. Gleich im ersten Vortrag zeigte sich eine Schwäche des Chors: Das Ueberwiegen der Frauenstimmen, besonders des Soprans. Es besteht hier kein befriedigender Ausgleich zwischen Frauen- und Männerstimmen, die Tenöre und Bässe sind zu schwach vertreten. Dieses Mißverhältnis ist um so mehr zu bedauern, als die Leistungen durchaus Riveau halten, die Vorträge unter der Leitung des Chormeisters Otto Janßen künstlerisches Empfinden und gute, technische Ausführung zeigen. Sehr gut war das irische Volkslied „Des Sommers letzte Rose“, wenn auch hier der Sopran, vor allem in der Höhenlage, manchmal schrill klang; am ausgeglicheneren das russische Volkslied „Am dem Strom der Mutter Wolga“ in der Chorbearbeitung von Felix Walden, ausgezeichnet im Tempo und in der Verinnerlichung des Vortrags. Ueberhaupt gelangten am besten Lieder getragenen Tempos, wie auch der Mendelssohn-Bartholdyscher Chor „Abschied vom Walde“. Fräulein Frigi Husenbeck sang dazwischen Lieder zur Laute. Ihre Stimme ist klein, von warmem Klang; ihr Vortrag kultiviert, zurückhaltend und immer geschmackvoll. Sie sang drei Lautenlieder von Sepp Sommer, „Grün ist die Heide“ von Hermann Löns und „s schlaftrige Deandl“ von Henze. Am besten jedoch „Heimkehr vom Feste“ aus den Kinderliedern von Leo Blech, schlicht und doch wichtig, ohne jede Ueberpointierung.

Eine Universität in Zentralafrika. An der Goldküste, im tropischen Afrika, will die englische Regierung die erste Universität bauen, um dadurch auf die afrikanischen Regier einen heilsamen Einfluß zu gewinnen. Die englische Regierung hofft, damit den Kulturstand der Regier zu heben und die Eingeborenen zu veranlassen, sich mit den großen Fragen der Zivilisation zu befassen. Die Universität, die bereits im Bau und kurz vor der Fertigstellung ist, befindet sich in Achimota. Der Rektor der Universität ist bereits ernannt und zwar ist es der frühere Rektor der Universität auf Caylon Professor Dr. Fraser. Der Universitätskörper wird selbstverständlich, da unter den Regier noch wenig Hochschulgelehrte sind, hauptsächlich von weißen Professoren gebildet werden. Um die Vermittlung zwischen den Regier und den Weißen auf wissenschaftlichem Gebiete vorzubereiten, ist von der englischen Regierung der bekannte Regiergelehrte Dr. Aggrey zum stellvertretenden Rektor der Universität ernannt worden. Dr. Aggrey hat sich bereits nach Afrika begeben. Er stammt aus dem Stamme der Fanti, der mit den Achantis eng verwandt ist. Der Stamme der Fanti lebt an der Küste von Fischei und Schiffahrt. Dr. Aggrey war selbst noch Kommandant des Königs Amohu V. — Der Grundstein für die Universität ist seinerzeit vom Prinzen von Wales gelegt worden. Hauptzweck soll hier natürlich englischer Geist und englisches Volkstum gepflegt werden.

Die Kraft der Uhrfeder. Die Uhrfedern werden zum größten Teil aus schwedischem Stahl fabriziert, weil Schweden die reinste Eisenerze besitzt, und weil die Verwendung des besten Stahles erforderlich ist, um die unangenehme Eigenschaft des Bleihens der Zugfedern nach Möglichkeit zu verringern. Die feinen Zugfedern für Taschenuhren werden aus Stahlblech bis zur erforderlichen Breite und Dicke ausgewalzt, die Federn für größere Uhren dagegen aus langen Stahlblechbändern ausgeschmitten.

Ueber die Kraft solcher Federn in aufgezogenem Zustande macht man sich leicht falsche Vorstellungen. Ein Uhrmechaniker hat sie jetzt einmal genauer berechnet, indem er als Versuchsobjekt die Zugfeder einer größeren Uhr mit Schlagwerk benutzte. Sie war 21 Meter lang, 22 Millimeter breit und einen halben Millimeter dick. Das Federhaus eingespart, zeigte sie 14% Umgänge oder Windungen, im aufgezogenen Zustande 16% Windungen; sie war also sehr erheblich „gespannt“. Bei Anwendung der zur Errechnung der in diesem Zustande entwickelten Kraftwirkung erforderlichen Formel ergab sich diese Kraft gleich 24,5 Kilogramm-Millimeter. Das heißt: Die Federkraft ist so groß, als wenn an einem Hebelarm von nur 1 Millimeter Länge ein Gewicht von rund 4 Zentnern wirken würde! Auf einen Hebelarm von 1 Zentimeter Länge bezogen, wären es immer noch über 40 Pfund.

Dah auf so enorme Weise angepannte Federn, die ohne Unterbrechung ein Uhrwerk zu treiben haben, schließlich einmal platzen, darf nicht Wunder nehmen, und am wenigsten darf es dem Uhrmacher zur Last gelegt werden. Daß dieses Plätzen in völlig unberechenbarer Weise einmal früher, einmal später und manchmal überraschend spät vorkommt, hängt mit den feinsten molekularen Strukturverhältnissen des Stahles zusammen, ferner damit, daß der Stahl mit der Zeit durch Umlagerung der Moleküle ein mehr und mehr kristallinischer und dadurch brüchigeres Gefüge annimmt. L. L.

Eine Bibliothek im Kraftwagen. Die Stadtbibliothek Worms hat von dort, wie berichtet wird, einen regelmäßigen Ueberlanddienst zur Bücherverforgung der Landorte eingerichtet. Die Ortschaften werden allwöchentlich mit Hilfe eines eigenen Bücherkraftwagens mit allen bestellten Büchern wissenschaftlicher und unterhaltender Literatur versehen. Die Wormser Stadtbibliothek, deren Direktor Dr. Iller diese Neuerung eingeführt hat, ist die erste deutsche Bibliothek, die einen derartigen Dienst geschaffen. Bisher wird ein Bezirk von 40 Ortschaften mit etwa 70 000 Einwohnern mit Büchern versorgt.

Die Goethe-Gesellschaft (Ortsgruppe Berlin) veranstaltet Mittwoch, 8 Uhr, Abends 7 Uhr, einen Vorkampfabend. Wolfgang Gory leitete die Goethe-Rede „Der Vater“. Daran schließen sich Rezitationen „Sommer und Winter Goethes“, gesprochen von jungen Menschen.

Die Jean-Paul-Gesellschaft, die sich am 100. Todestage des Dichters in Vorkampfabend, hat in Berlin eine Ortsgruppe erhalten. Sie will die Schöpfungen Jean Pauls durch öffentliche Vorträge, Vorlesungen und literarische Veranstaltungen einem weiteren Kreise näher bringen.

Die Deutsche Hochschule für Politik gibt heute ihre Vorkampfabendveranstaltungen für das Sommersemester heraus, das am 3. Mai, Schinkelplatz 6, beginnt. Im Institut für Sexualwissenschaft findet Donnerstag, 8 Uhr, Knoll Vorkampfabend über „Die Rolle der Erotik in der modernen Literatur“. Besondere Kartenabgabe. (Eingang Reichshofstr. 3.)

Bewerkschaftsbewegung

Die Zwischenlösung der Erwerbslosenfürsorge.

Lohn- oder Ortsstaffelung.

Die Vorschläge der Gewerkschaften auf Umgestaltung der Erwerbslosenfürsorge, d. h. Staffeln der Unterstützungssätze nach Lohnklassen statt nach Wirtschaftsgebieten, Befreiung der Bedürftigkeitsfrage usw., sind, wie der „Soz. Pressedienst“ erzählt, bei den zuständigen Stellen sowohl in Preußen wie im Reich entgegenkommend aufgenommen worden. Da die Gewerkschaften auf eine möglichst gründliche Durchberatung der mit der Umgestaltung verbundenen technischen Probleme besonderes Gewicht legen, ist damit zu rechnen, daß die Geltung der bisherigen Sätze und Berechnungsformen zunächst bis zum 1. Juni verlängert wird.

Von kommunistischer Seite ist der Umgestaltungsplan der Gewerkschaften als Schädigung der schwach bezahlten Arbeitertagegelder hingestellt worden. Nichts ist falscher als das. Die Umgestaltung soll der Erhöhung der Sätze nicht den Weg verbauen, sondern ebenen. Freilich müssen noch verschiedene Dinge, die bei der Zwischenlösung mitspielen, ins Lot gebracht werden. So muß vor allem vom Reichstag über die Befreiung der Schmiergehälter der Gemeinden in der Erwerbslosenfürsorge, die von der Umsatzsteuerermäßigung her drohen, Klarheit geschaffen werden. Ganz so einfach und leicht, wie die kommunistische Schulweisheit sich das träumen läßt, ist das Erwerbslosenproblem bei den nun einmal vorhandenen Schwierigkeiten und Widerständen nicht zu lösen.

Bundesausschussführung des AFA-Bundes.

Am Montag fand im Industriebeamtenhaus die 2. Bundesausschussführung des Allgemeinen freien Angestelltenbundes statt. Die Tagung war von den angeschlossenen Organisationen stark besucht. Neben den Vertretern des Zentralverbandes der Angestellten, des Deutschen Werkmeisterverbandes, des Bundes der technischen Angestellten und Beamten nahmen Vertreter des Allgemeinen Verbandes der deutschen Postangestellten, des Verbandes deutscher Schiffstingenieur, des Polier-, Berg- und Schichtmeisterbundes, der Bühnengehörigen, des Verbandes der Schneider, Zuschneiderinnen und Drehtreterinnen u. a. m. daran teil. Der AFA-Bund war durch Graßmann, der ADB durch Dr. Köster vertreten.

Dem Bundesausschuss wurde nach Erstattung des Geschäftsberichtes für das Jahr 1925 durch die Bundesvorsitzenden Aufhäuser und Stahr und der Vorlage des Rechnungsablaufes einstimmig Entlastung erteilt. Dann erstattete der Geschäftsführer Ellinger des Verbandes sozialer Baubetriebe einen Vortrag über die „Sozialen Baubetriebe“. Den Ausführungen ist zu entnehmen, daß die soziale Baubewegung sich in erfreulicher Aufwärtsentwicklung befindet. Als Ergebnis der anschließenden regen Diskussion konnte festgestellt werden, daß die AFA-Verbände dieser für die gesamte Arbeitnehmererschaft wichtigen Bewegung weiter ihre volle Unterstützung leisten werden.

Über die Gestaltung des Endgültigen Reichswirtschaftsrates referierte der Geschäftsführer des Bundes der Technischen Angestellten und Beamten, Ingenieur Schweizer. Er berichtete unter anderem über die Arbeiten des Arbeitsausschusses, des Verfassungsausschusses des Vorkünftigen Reichswirtschaftsrates und begründete die Stellungnahme der AFA-Vertreter bei diesen Beratungen. Wenn auch durch das Eingreifen der freigewerkschaftlichen Vertreter einige Verbesserungen des Entwurfes, so bei der Zusammenfassung des Reichswirtschaftsrates, erreicht werden konnten, so betriebligt das bisherige Ergebnis keineswegs. Der AFA-Bund wird auch weiterhin für die bekannnten Forderungen der freien Gewerkschaften eintreten.

Die Beamten an den Reichstag.

Neuregelung der Zuschläge.

Die Spitzenorganisationen der Beamten, mit Ausnahme der höheren Beamten, haben nach der absehbenden Stellungnahme der Reichsregierung in der Frage der Befoldungsneuregelung eine gemeinsame Eingabe an den Reichstag gerichtet. Die Organisationen weisen darauf hin, daß der Antrag des Haushaltsausschusses auf eine laufende Erhöhung vom Dezember des vergangenen Jahres durch eine einmalige Beihilfe ersetzt wurde, weil der Reichsanwalt in Anbetracht der ab 1. April 1926 beabsichtigten grundsätzlichen Befoldungsneuregelung vorerst nur eine einmalige Beihilfe für angebracht hielt. Diese beabsichtigte grundsätzliche Befoldungsreform ist aber nunmehr zurückgestellt worden. Infolgedessen muß die ursprünglich mit der Reform geplante Erhöhung nunmehr zu dem vorangehenden Zeitpunkt für sich vorgenommen werden, da die im Dezember von allen Fraktionen anerkannte Notwendigkeit einer einmaligen Aufbesserung auch heute noch in gleichem Umfange besteht und die mit der einmaligen Beihilfe bedachten Beamten der Befoldungsgruppen I bis VI ohne eine Gehaltsaufbesserung im Rechnungsjahr 1926/27 ein geringeres Einkommen als im vergangenen Jahr haben. Dazu kommt, daß durch die im zweiten Halbjahr 1925 in allen Ländern eingetretene Erhöhung der Hundertfüße der gesetzlichen Miete das Einkommen der Beamten gedrückt wurde. In einigen Ländern werden bereits 100 Proz. der Friedensmiete gezahlt. Der vom Reichstag beschlossene Erhöhung des Hundertfüßes des Wohnungsgeldzuschusses auf 100 Proz. ab 1. August 1925 ist die Reichsregierung nicht nachgekommen. Weitere Erhöhungen der Hundertfüße der gesetzlichen Miete stehen allgemein im laufenden Jahr bevor. Das bedeutet eine weitere Einkommensverminderung für alle Beamten, die durch die zum 1. April in Aussicht genommene Erhöhung des Hundertfüßes des Wohnungsgeldzuschusses um nur 5 Proz. nicht ausgeglichen wird.

Angeichts dieser Tatsache eruchen die Spitzenorganisationen den Reichstag, bei der bevorstehenden Verabschiedung des Reichshaushaltsgesetzes für eine Erhöhung der Zuschläge zum Grundgehalt nicht nur der mit der einmaligen Beihilfe bedachten Beamten der Gruppen I bis VI, sondern auch der anschließenden Gruppen einzutreten.

Der Tarif im Malergewerbe.

In der vorigen Woche fanden die Verhandlungen statt über den Neuabschluss des Tarifvertrages für das Malergewerbe, der von den Unternehmern zum 15. Februar gekündigt worden war. Nach gegenseitiger Vereinbarung war beschlossen worden, bis ein neuer Vertrag zustande gekommen sei, den alten Vertrag in Kraft zu lassen.

Auch hier hatten die Unternehmer wesentliche Verschlechterungen gegenüber den Bestimmungen des alten Vertrages beantragt. Hauptsächlich wollten sie eine längere Arbeitszeit für die Sommermonate festgelegt haben, so für Berlin 9 Stunden und für die Mittel- und Kleinstädte 9 bis 11 Stunden. Diefem Antrag widersprachen die Organisationsvertreter ganz entschieden, da eine Verlängerung der Arbeitszeit nicht vereinbar sei mit der großen Zahl unzulässig auf dem Arbeitsnachweis liegender Berufscollegen. Es sind in Berlin zurzeit etwa 4000 arbeitslose Maler auf dem Nachweis eingetragen. Durch den Spruch des Haupttarifamtes wurde die Arbeitszeit wieder auf 8 Stunden in der Woche festgelegt. Ebenso wurden alle anderen Verschlechterungsanträge, vor allem auch die beantragte schlechte Entlohnung der jüngeren Gehilfen, abgewehrt. Die Regelung der Fahrge- und Fahrzeientzädigung wurde dem Ortsarbitrium überlassen; ebenso einige andere kleinere offen gebliebene Streitfragen. Die Entlassungsfrist zu dem Schiedspruch des Haupttarifamtes war bis zum 23. März festgelegt worden.

Eine Mitgliederversammlung des Verbandes der Maler, Filiale Berlin, nahm am Sonntag in den Sophienkölle zu dem Schiedspruch Stellung. Der Bevollmächtigte Genosse Schiemann, der den Bericht von den Verhandlungen gab, ersuchte die Versammlung, dem neuen Vertrag zuzustimmen, unter der Voraussetzung, daß die dem Ortsarbitrium zur Regelung zugewiesenen Fragen ebenfalls im Sinne der Malergehilfen erledigt werden. Da durch den Schiedspruch des Haupttarifamtes der alte Vertrag bis zum 15. Februar 1927 bestehen bleibt, stimmte die Versammlung dem Vorschlag des Genossen Schiemann zu.

Von der kommunistischen Einheitsfront.

Es gehört zur Agitation der KPD, mit schwindelhaften Behauptungen von ihren angeblichen Erfolgen auf den Dummenfang auszugehen. So wird in der Sonntagsnummer der „Roten Fahne“ in einem Artikel „Hinein in die Betriebe“ behauptet, daß „in den beiden größten Konzernen Berlins, dem Siemens- und dem AEG-Konzern, die Resolutionen für ... die Gründung von Einheitsläuzettes einmütig von den Arbeitern und Funktionären gutgeheißen wurden“. In dieser Behauptung ist kein wahres Wort. Weder im Siemens-Konzern noch im AEG-Konzern ist eine Bildung von sogenannten Einheitsläuzettes vorgenommen oder gebilligt worden. Nichtsdestoweniger kann man sich darauf gefoht machen, daß die Zellen und Fraktionen der KPD. künftig mit diesem Schwindel hausieren gehen werden.

Die negativen „Erfolge“, die die KPD. bisher mit ihrer Einheitsfront erlitten hat, verurteilen ihr offenbar Alpträumen. In einem anderen Artikel derselben Nummer der „Roten Fahne“ wird ein Alarmruf ausgehoben wegen angeblicher Verlegung eines Beschlusses der Kollfeler Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Die Generalversammlung hatte Stellung genommen gegen die von den Kommunisten aufgestellten Sonderlisten bei den Betriebsratswahlen. Die Generalversammlung hat deshalb beschlossen, daß eine Abstimmung über die verchiedenen Listen unter den freigewerkschaftlichen Mitgliedern vorgenommen werden soll, damit bei der Betriebsratswahl eine einheitliche Liste aufgestellt werde.

Nun ist es vorzuziehen, daß bei solchen Abstimmungen die Kandidaten der Roten Richtung unter die Räder laufen. Das mag vom Standpunkt der KPD. bedauerlich sein. Wir sind der Auffassung, daß die gemerktschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten in den Betrieben die Kandidaten bestimmen und nicht die KPD. Diese hat bisher ein Doppelspiel getrieben. Sie hat einerseits versucht, ihre Kandidaten auf die freigewerkschaftliche Einheitsliste zu bringen, andererseits bei der Wahl ihre Mitglieder abkommandiert, die für die Kandidaten der Union und der anderen „selbständigen“ Organisationen zu stimmen hatten. Die Belegschaften haben dieses Doppelspiel schließlich satt bekommen. Daher der Hohn der „Roten Fahne“ und das ganz ungewohnte Eintreten für Verbandsratsbeschlüsse.

Protestkundgebung der Christlichen.

Sie hängen der Kasse die Scheile um.

Essen, 22. März. (WZB.) Im Ruhrgebiet fanden am Sonntag in verschiedenen Städten Versammlungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes statt, die als Protestkundgebungen gegen die Handelskammertagung vom 15. März veranstaltet wurden. In einer großen Versammlung im Evangelischen Beremshause in Essen waren als Gäste anwesend Oberbürgermeister Bracht, die Abg. Giesberts, Imbusch, Klotz und Steger. Hier behandelte der Vorsitzende des Bezirksverbandes Groß-Essen, Breddemann, die Forderungen der Arbeiterchaft an die Regierung und die Wirtschaftsführer. Der Geist überlebten Herrenmenschen würde nur neue zerstörende Kräfte auf den Plan rufen. Die auf der Handelskammertagung empfohlene Betriebsgemeinschaft lehne die Arbeiterchaft ab. Sie sei für zentrale Arbeitsgemeinschaft.

Der Abg. Giesberts gab der Ueberzeugung Ausdruck, daß die deutsche Wirtschaft wieder hochkomme, aber der gegenwärtige soziale Kampf halte den Gesundungsprozess auf. Die breiten Volksmassen mühten vier Fünftel der Reichseinnahmen aufbringen. Man könne nicht feststellen, daß der Teil, der das restliche Fünftel ausbringe, seine Lebenshaltung einschränke. Geringe Löhne und lange Arbeitszeit führten zum Ruin der Wirtschaft. Sache der Arbeiter sei es, nicht alles in Sicherheit gehen zu lassen. Wenn nicht alle Kräfte zusammengefaßt würden, werde es sehr trübe in die Zukunft.

Der Abg. Imbusch erklärte, daß die Regierungsunterstützung des englischen Bergbaues, die die Konkurrenz für die deutsche Kohle so außerordentlich erschwere, auf die niedrigen deutschen Löhne zurückzuführen sei. Aber dieses Warnungsscheil sei in Deutschland leider unbeachtet geblieben. Er forderte die Erhöhung des ziffernmäßigen Anteils der Arbeiterchaft an der Verwaltung der Ruhrknappchaft. Die christliche Arbeiterchaft wünsche einen ehrlichen Frieden mit dem Unternehmertum, bei dem die Arbeit gleichberechtigt sei, aber keinen Kirchenhofrieden, bei dem die einen kommandieren und die anderen zu gehorchen haben. Wenn die Unternehmer diesen ehrlichen Frieden nicht wollten, müsse man sie durch Kampf dazu zwingen.

Es ist immerhin bemerkenswert, daß auch die christlichen Gewerkschaftsführer mit dem Unternehmertum derart ins Gericht gehen müssen. Rot kennt keine Konfession.

Die Sparkasse der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten A.-G. Berlin, Wallstr. 65, ist täglich mit Ausnahme von Sonnabends von 9-3 Uhr und 5-7 Uhr, Sonnabends von 9-1 Uhr geöffnet.

Wirtschaft

Förderung der Neubautätigkeit.

Der preussische Finanzminister und der Minister für Volkswohlfahrt haben Richtlinien zur Förderung der Neubautätigkeit bekanntgegeben, aus denen folgendes hervorzuheben ist:

Zur Fertigstellung von Bauvorhaben, die mit öffentlichen Wohnungsbaumitteln des vergangenen Jahres nicht hinreichend gefördert werden konnten, kann nötigenfalls aus Mitteln des laufenden Rechnungsjahres eine Erhöhung der Hauszinssteuerhypothek bewilligt werden, deren Gesamtbetrag in keinem Falle die für die betreffende Gemeinde in Betracht kommende Höchstgrenze übersteigen darf. Mit Rücksicht auf die kommende Landtagsforderung, daß mit Unterstützung öffentlicher Beihilfen von 1926 ab jährlich mindestens 100 000 Wohnungen errichtet werden, mußte angeflcht der nur in beschränkter Höhe verfügbaren öffentlichen Mittel von einer allgemeinen Erhöhung der Durchschnitts- und Höchstsätze für die zu bewilligenden Hauszinssteuerhypotheken abgesehen werden. Um in besonders gearteten Fällen die Beschaffung der neben der Hauszinssteuerhypothek erforderlichen Mittel zu erleichtern, ist in begrenztem Umfange die Möglichkeit der Begebung von Zusagehypotheken aus öffentlichen Wohnungsbaumitteln vorgesehen. Die Erhöhung der Durchschnitts- und Höchstsätze für die zu bewilligenden Hauszinssteuerhypotheken darf wie bisher über den Betrag von 6000 M. (Durchschnittssatz) und 7000 M. (Höchstsatz) nicht hinausgehen.

Der Beginn der Tilgung der Hauszinssteuerhypotheken ist allgemein auf den 1. April 1930 festzusetzen. Soweit Bindungen in der Richtung früherer Termine für den Tilgungsbeginn vorgesehen sind, ist im Interesse einer gleichmäßigen Handhabung und einer Vereinfachung des Verfahrens auf deren Hinausschiebung bis zu dem genannten Termin hinzuwirken.

Der Monatsausweis der Reichsbahn. Nach dem Ausweis der Reichsbahn-Gesellschaft hat im Februar der Güterverkehr durch Transporte für die Frühjahrseinstellung, durch Fisch- und Baustofftransporte eine Belebung erfahren, die jedoch durch den weiteren Rückgang im Versand von Kohle und landwirtschaftlichen Erzeugnissen größtenteils wieder ausgeglichen wurde. Der Personenverkehr hielt sich im allgemeinen auf der Höhe des Januar. Die Einnahmen im Februar belaufen sich auf insgesamt 292,80 Millionen, die Ausgaben auf insgesamt 268,43 Millionen Reichsmark. Dazu treten an außerordentlichen Ausgaben 6,9, Dienst der Reparationsschuldverreibungen 49,92, Zuzahlung zur gesetzlichen Ausgleichsrente 5,85, Vorzugsdividendenrücklage 2,18 Millionen Reichsmark. Die Summe aller Ausgaben betrug 332,20 Millionen Reichsmark. Der Personalbestand betrug im Januar 682 795 Kräfte, dazu 6736 Hilfsarbeiter.

Zur Lage in der Schraubenindustrie führte die Verhaltung der Firma Riehm u. Söhne A.-G. in der Generalversammlung folgendes aus: Nachdem zu Anfang des Jahres unter dem Druck der Wirtschaftslage die Aufträge ausgeblieben waren, wachte sich jetzt eine Belebung bemerkbar und es ist interessant, daß die landwirtschaftliche Industrie wieder Aufträge erteilt, vor allem aber die Auftragsgeber der Eisenbahnverwaltung, allerdings zu Preisen, die teilweise unter den Selbstkosten (!!) liegen. Die Fabriken müssen — so wurde gesagt — diese Aufträge hereinnehmen, um nicht Gefahr zu laufen, aus der Liste der Lieferanten gestrichen zu werden.

Aus der Holzindustrie. Der Deutsche Holzarbeiterverband gibt für Ende Februar 93 936 Arbeitslose an gegenüber 93 852 im Vormonat. Der Prozentfuß hat sich damit, entsprechend der allgemeinen Bewegung auf dem Arbeitsmarkt, von 32,25 Proz. auf 32,68 Proz. gesteigert. Der Prozentfuß der Kurzarbeiter ist jedoch gefallen, und zwar von 24,52 Proz. Ende Januar auf 24,42 Proz. Ende Februar. Die Entwicklung spricht dafür, daß auch in diesem Gewerbebezirk die Krise ihren Tiefstand erreicht hat.

Jord-Credit-Company A.-G. Berlin. Die definitive Gründung dieser neuen Ford-Handelsgesellschaft ist nunmehr vollzogen worden. Das vorläufige Grundkapital beträgt laut „Konj.-Rov.“ 2 Millionen Mark. Als Gegenstand des Unternehmens wird ausgewiesen: der Handel in jeglicher Form, einschließlich Kreditverkäufen mit folgenden Gegenständen: Automobilen, Traktoren und alle mit Motorkraft betriebenen Fahrzeugen, insbesondere solche, die die Marken Ford, Fordson und Lincoln tragen bzw. deren Teile oder Zubehörteile. Die Gründer, die alle Aktien übernommen haben, sind: die Ford Motor Company Berlin, E. I. Sjöberg, E. Wiger, J. Christensen, Th. Gohle, sämtlich in Berlin. Den ersten Aufsichtsrat bilden E. K. Heine, E. F. Poletel und Regierungsrat G. H. Ueberall, sämtlich in Berlin. Zum Vorstand wurden bestellt: A. V. Byrns-Berlin und Dr. A. Schröder-Berlin.

Zollerhöhungen in Deutschösterreich gegen sozialdemokratischen Widerstand. Im österreichischen Nationalrat wurde am Donnerstag ein Gesetz beschlossen, das der Regierung das Recht gibt, die autonomen Zölle im Einvernehmen mit dem Hauptausfuhr zu ändern, wenn die inländische Erzeugung durch die Einfuhr irgendwelcher Waren ernstlich bedroht ist oder wenn diese Maßnahme aus handelspolitischen Gründen notwendig wird. Die Regierung hatte dieses Gesetz verlangt, um die Konkurrenz der valutarischen Länder fernzuhalten. Die Sozialdemokraten stimmten nur unter der Bedingung zu, daß das Einverständnis des Hauptausfuhrschusses mit Dreiviertelmehrheit zustandekommt. Gegen den Widerstand der Sozialdemokraten wurde dann eine Reihe von Zollerhöhungen beschlossen, vor allem die Erhöhung des Zuckerzolls um 6 Goldkronen. Die Sozialdemokraten hatten beantragt, statt dessen die Zuckersteuer um 6 Goldkronen herabzusetzen, wodurch dasselbe ohne eine Belastung des Konsums erreicht werden würde. Der sozialdemokratische Antrag wurde aber abgelehnt und die bürgerlichen Parteien kündigten weitere Zölle an.

Verantwortlich für Politik: Richard Wendling; Wirtschaft: Arno Gatermann; Gewerkschaftsbewegung: Fr. Ehlert; Justiz: Dr. John Schifano; Politik und Sonstiges: Friz Kersch; Anzeigen: Th. Gohle; Sämtlich in Berlin. Verlag: Bernhardt-Berlin G. m. b. H. Berlin. Druck: Bernhardt-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Sauer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Lausitzer Platz 16
Nähe Gör-
litzer Bahnhof.
Pumpen-
und Wasser-
schlauch-Vertrieb

Fay's ^{echte} Sodener
Pastillen gegen
Husten, Heiserkeit, Verschleimung



Eine Zigarettenpackung soll einfach und doch künstlerisch sein.~Bei unserer

OBERST

geht weder die Aufmachung auf Kosten der Qualität, noch wird das Fabrikat in unkünstlerischer Form dargereicht.

Waldorf-Astoria Zigarettenfabrik A.-G.

